

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 32 (1952-1953)
Heft: 6

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zur Lage

Der amerikanische General Ridgway, der als neuer Oberkommandierender der im Atlantikpakt zusammengeschlossenen Armeen die Nachfolge Eisenhowers vor kurzem antrat, hat eine sehr erfreuliche Erklärung zur *schweizerischen Neutralität* abgegeben, die sich auf die Schlußfolgerung konzentrierte, daß die wohlgerüstete schweizerische Armee auch in dem neutralen Status unseres Landes die Verwirklichung der im Atlantikpakt niedergelegten Ziele nicht beeinträchtige, sie im Gegenteil zu unterstützen geeignet sei. Man freut sich hierzulande immer ob solcher Erklärungen, die von Verständnis zeugen. Sie waren im besonderen Falle auch deswegen erfreulich, weil sie geeignet erschienen, eine kleine Verwirrung zu beseitigen, welche verschiedene amerikanische Besuche in der Schweiz in einigen großen Blättern der befreundeten Republik jenseits der Meere angerichtet hatten. In diesem Falle hatte sich das Eidgenössische Militärdepartement vernehmen lassen, um die Dinge wieder an ihren rechten Ort zu rücken, was freilich leider auch hier wiederum mit einiger Verspätung geschah. Man ist im Bereiche der eidgenössischen Verwaltung zu Handen der Öffentlichkeit immer noch recht wortkarg und entschließt sich zu den erforderlichen Mitteilungen meist erst auf äußeren Anstoß hin, obwohl die Presse diesen Umstand schon oft mit berechtigten kritischen Bemerkungen begleitet hat. Aber gewisse amtliche Stellen hören nun einmal nicht gerne auf die Organe der öffentlichen Meinung, die man oft als unangenehm, hin und wieder gar als überflüssig empfindet, und es werden sicher noch manche ähnliche Betriebsunfälle vorkommen, bis es in diesem Bereiche bessert.

Tatsächlich dürfte denn auch kaum ein Zweifel darüber bestehen, daß der wohlgerüstete, neutrale Status unseres Landes bei den kriegführenden Gruppen dieser Zeit des kalten Krieges, sicher im Stillen, auf Anerkennung stößt und im Grunde Befriedigung hervorruft. Dabei ist sich selbstverständlich jede der beiden Parteien völlig klar darüber, wo unser Land gesinnungsmäßig steht; eigentlich liegen die Verhältnisse in diesem Bereiche ganz ähnlich wie zur Zeit des Nationalsozialismus, der ja die Welt ebenso mit der totalitären Überschwemmung bedrohte, wie es heute der Kommunismus tut. So ist die gesinnungsmäßige Haltung unseres Volkes dem neuen Umstand gegenüber genau so eindeutig wie sie es gegenüber dem vorigen war; die politische Neutralität des Staates aber ist auch in diesem neuen Falle kaum ernstlich umstritten, was einer eben geführten Diskussion mit aller wünschbaren Deutlichkeit zu entnehmen war.

Die *Entwicklung der Weltlage* in den letzten Monaten zeigt mit großer Eindringlichkeit, daß wir heute zu Zeugen einer historisch-politischen Ausmarchung geworden sind, die an Bedeutung wohl nur mit der Großen Revolution und der anschließenden Erhebung des Nationalismus verglichen werden kann. Dabei ist die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus die wichtigste, die entscheidende, aber es ist nicht die einzige, der unsere Aufmerksamkeit gelten soll. Was in den Ländern des Nahen Ostens, was an den Küsten Nordafrikas geschieht, das mag in manchen Sparten vom sowjetischen Kommunismus gezüchtet sein, und sicher ist es ihm — vorläufig wenigstens — dienlich und willkommen. Aber die eigentlichen Ursachen ruhen in diesen Fällen wohl nicht in russischen Feldern; es geht hier gar nicht um Ideologie und ihre Verbreitung mit den Mitteln imperialistischer Politik, sondern es geht einfach um die soziale Besserstellung im primitiven Sinn und damit verbindet sich die klare Tendenz, den Kolonialismus oder seine Reste abzuwerfen und sich, in vorerst oft noch unklarer Weise, zu nationalen oder stammesmäßigen Zielen zu bekennen. Die «Basler Nachrichten» haben unlängst in bemerkenswerter Deutlichkeit darauf hinweisen lassen, daß der Abschied des Königs Faruk I. von Ägypten mit den üblichen Erklärungen keineswegs umfassend gewürdigt, vielmehr in seiner wirklichen Bedeutung gar nicht erkannt wird. Der Begründer der Dynastie, welcher Faruk entstammt, war Mohammed Ali, der weder aus Ägypten noch aus dem arabischen Raum, sondern vom Balkan stammte, wo er zur Zeit der Türkenherrschaft in dem heute griechischen Cavalla geboren wurde. Als Napoleons Invasionstruppen in Ägypten landeten, schickte der Sultan den damals dreißigjährigen Offizier Mohammed Ali dorthin, um Ordnung zu schaffen, und so hat er am Ende, nach verschiedenen Wechselfällen, die «ägyptische» Dynastie begründet. Von Mohammed Ali's Nachfahren, vornehmlich von König Fuad und eben seinem Sohne Faruk, erwartete das Land in der Folge die allmähliche Befreiung von der englischen Herrschaft, und erst als dies den beiden Königen nicht gelang, wurde die panarabische Bewegung übermächtig. Sie war es in Wirklichkeit, die den König aus dem Lande vertrieb, wo die Dynastie aus dem Balkan vor der Erhebung des Nationalismus keinen Platz mehr hatte, und unter ihrem Druck ist Faruk I. in diesen Wochen gewichen. Es war übrigens nicht richtig, daß er in unserer Presse so überaus heftig kritisiert, ja angegriffen wurde; «United Press» meldete nach der Abdankung, der König habe die Schweizerkolonie ausnehmend bevorzugt, er kegelte und schoß in ihren Klubs und verschaffte diesen das Privileg, das sonst keinem ausländischen Klub zustand, keine Mitglieder ägyptischer Nationalität aufnehmen zu müssen, also im eigenen Kreis bleiben zu können.

Eine ähnliche Erhebung, die sich ebenso aus nationalen und sozialen Komponenten zusammensetzt, findet zur Zeit in Persien statt. Es läßt sich dabei, von den grundsätzlichen Elementen abgesehen, nicht bestreiten, daß der so häufig weinende Herr Mossadegh sich als Meister in einer Politik ausgesprochener Schlaueit erweist, welche die Gegensätze der beiden machtpolitischen Gruppen wohl zu ihren Gunsten auszunützen versteht. Hier wie dort — in Persien und in Ägypten — sind aber die Dinge durchaus im Fluß und es ist niemand in der Lage, den Lauf der weiteren Entwicklung, die, neben den beiden Hauptkomponenten, noch durch mancherlei andere Momente bestimmt wird, auch nur für die nächste Zeit vorzuzeichnen.

Indessen, wie dem auch sei —, die Macht dieser Geschehnisse hat in Verbindung mit den bekannten, im Grundsatz durchaus gleichlaufenden Entwicklungen

in Indien, China und im pazifischen Raum, mitbedingt durch das zeitliche Ausmaß des koreanischen Streitfalles, dazu geführt, daß sich das Schwergewicht der weltpolitischen Lage mehr und mehr nach Osten verschiebt. Im Westen mag auf diese Weise fast automatisch eine gewisse Entlastung eintreten, welche sich zugunsten der europäischen Komponenten der Atlantik-Organisation auswirkt. Der österreichische Außenminister Gruber hat schon vor einigen Monaten in einer Rede das Wettrüsten und seine wirtschaftlichen Folgen als die eigentlichen Ursachen des europäischen Malaise bezeichnet. Andere folgten ihm in dieser Überlegung. Nun scheint es, als ob der Lauf der großen Ereignisse es erlaube, aus dieser Erkenntnis, wenigstens in beschränktem Maß, die Folgerungen zu ziehen. Die Durchführung des Programms von Lissabon bezüglich der Rüstung der Atlantikmächte wird im europäischen Rahmen vorerst verlangsamt. In negativem Sinne bleibt dabei freilich zu beachten, daß diese Entlastung dort, wo sie aus sozialen und politischen Gründen vielleicht am nötigsten wäre, nämlich in Frankreich, mit Rücksicht auf die Position Indochina wohl kaum in genügendem Maße eintreten können. Gerade in unseren Lande, das in so engen und freundschaftlichen Beziehungen zu dem westlichen Nachbarvolk steht, nimmt man die Tatsache mit Bedauern auf, daß der wirtschaftliche Wiederaufbau (Wohnungsbau!) und die soziale Auflockerung dort notgedrungen so langsam fortschreiten. Auch begreift man durchaus, daß sich das Land dagegen wehrt, heute schon wieder, so kurze Zeit nach der kriegerischen Invasion, in seinen gerechten Ansprüchen auf Wiedergutmachung beschränkt zu werden, wie es in der Saarfrage zu geschehen droht.

Es ergibt sich immerhin im Zeichen der allgemeinen Entwicklungslinie, daß verschiedene Projekte für die europäische Zukunft, eben so weit sie in den Bereich der Rüstung fallen, vorerst zurückgestellt werden und man wird gewiß diesen Umstand hier und dort mit Erleichterung aufnehmen. Auf einer westberliner Kundgebung zum elften Jahrestag des deutschen Angriffs auf Rußland fielen seltsame Worte, und es wurde eine Resolution «durch Akklamation» angenommen, in der man «die gleichzeitige Befreiung von Berlin, Moskau, Kiew und Königsberg» verlangte. Um dieselbe Zeit geschah in Stuttgart, unter maßgebender Beteiligung von zwei Ministern der deutschen Bundesrepublik, eine sudetendeutsche Kundgebung, in der ganz ähnliche Töne erklangen. Das sind Äußerungen des deutschen Revisionismus, die man sich merken wird, und wir können uns denken, daß es manchen europäischen Völkern, die erst vor wenigen Jahren, vom Angreifer auf das Schwerste verwundet, die Hölle des zweiten Weltkrieges verließen, vor gewissen Perspektiven graut, — Perspektiven, die man angesichts der Unberechenbarkeit jedes Revisionismus und Nationalismus, des deutschen nicht zuletzt, eben nicht einfach übersehen kann. Es ist ja schließlich nicht die Schuld dieser Völker, daß die einmalige geniale Leistung Adolf Hitlers, der «große Germanenzug nach dem Osten», am Ende zu einem «Slawenzug nach dem Westen» geführt hat, der eine geschichtliche Entwicklung von Jahrhunderten zusammenriß und große Teile europäischen Kulturbodens dem Elend und dem Niedergang überantwortete. Die Breitspur der russischen Eisenbahn hat Polen und die Tschechoslowakei bereits weitgehend erfaßt, heute zieht sie sich bis in die nächste Nähe der österreichischen Grenze und alle Bahnlinien über die Karpathen und die Ostbeskiden sind in das russische System einbezogen.

Die Verschiebung des weltpolitischen Schwergewichts nach Osten bringt indes der größten Macht der westlichen Koalition keine Entlastung — im Gegen-

teil. In der Rüstungslinie der Vereinigten Staaten sind vorerst freilich die ersten Anzeichen einer Umstellung erkennbar. Wenn die Erfüllung des Rüstungsprogramms im Bereiche der europäischen Glieder der Koalition sich notgedrungen verlangsamte, so wird man sich jenseits des Atlantik darüber wenig beklagen wollen, weil die Ursachen zu einem wesentlichen Teil in der Kürzung der Rüstungshilfe zu suchen sind, die der Kongreß in diesem Wahljahr vorgenommen hat. Die Rüstung der USA selbst wird aber nicht vermindert. Sind wohl in diesen beiden Umständen bereits gewisse Vorzeichen einer kommenden Entwicklung zu erkennen? Die Frage läßt sich heute noch nicht klar beantworten. Sicher ist nur, daß die Gewichtsverlagerung nach Osten in jenen Bereichen tiefgreifende Auswirkungen zu erzeugen vermag. Über ihr Ausmaß und ihre Bedeutung wird uns wohl der Wahltag des 4. November die erste Aufklärung geben, wo neben der Präsidentenwahl der neuen Zusammensetzung des Kongresses wesentliches Gewicht zukommt. Dieser Tag wird vielleicht in allgemeinem Sinne entscheidend sein. Denn jenen Männern, welchen aus dem Ergebnis dieses Tages die Verantwortung zufallen wird, ist für die entscheidende Spanne der nächsten Jahre das Schicksal der Menschheit in die Hand gegeben.

Jann v. Sprecher

Bericht aus London

Die erste Session des neugewählten Parlaments,

das Ende Juli in die Ferien ging, ist nicht so fruchtbar gewesen, wie die Verehrer Churchills gewünscht hätten. Die gesetzgeberische Ausbeute ist gering. Man kann nicht einmal sagen, daß die Regierung in der Diskussion stets Sieger geblieben wäre. Besonders die große wirtschaftspolitische Debatte, die in der letzten Woche der Session stattfand, ließ bei der Regierungspartei ein Gefühl der Enttäuschung zurück, und in diesem Fall war es Churchill selbst, der einen Teil der Verantwortung dafür zu tragen hat. Er hatte die Erwartungen zu hoch gespannt, als er im voraus von tief eingreifenden neuen Maßregeln sprach, welche die Regierung anzukündigen haben werde. Aber nachdem der Schatzkanzler Mr. Butler gesprochen hatte, mußte man feststellen, daß er nicht viel mehr bekannt gegeben hatte, als eine Konferenz der leitenden Minister aller Staaten des Commonwealth, die am 25. November in London zusammentreten soll. Das sieht nach schlechter Regie aus, und man kann sich nicht allzu sehr wundern, wenn jetzt Gerüchte von einer unzufriedenen Stimmung in der konservativen Partei umlaufen, die sich gegen Winston Churchill selbst richtet. Dieser oder jener findet, der große Staatsmann sei doch allmählich zu alt geworden und die Zeit sei jetzt da, in der er Anthony Eden Platz machen sollte, der seit langem unbestritten als sein Nachfolger gilt und der nun durch die Verheiratung mit einer Nichte des Premierministers beinahe in die Stellung des Adoptivsohns gerückt ist, wie sie in der Blütezeit des römischen Kaiserreichs als Kronprinzen zu fungieren pflegten. Ein konservativer Abgeordneter forderte sogar in offener Sitzung die Regierung unverblümt auf, sich in Zukunft aller solcher düsteren Warnungen und aufregenden Alarmrufe zu enthalten, wie man sie so oft aus Churchills Munde gehört hat.

Wenn ein Premierminister in seinem 78. Lebensjahr steht, ist es wohl unvermeidlich, daß man mit Sorge von seinem Alter spricht, selbst in einem Lande, das schon Premierminister von mehr als 80 Jahren gekannt hat, wie Palmerston und Gladstone. Wer freilich beobachtet, wie Churchill auch heute noch in der parlamentarischen Debatte auf einen Schelmen anderthalbe setzt und mit jenen sozialistischen Abgeordneten fertig wird, die ihn geflissentlich zu stören und unterbrechen suchen, der hat keineswegs den Eindruck der Altersschwäche. Vielleicht ist es auch kein Zufall, daß heute an der Spitze so vieler europäischer Staaten Männer stehen, die mehr als siebenzig Jahre alt sind, also ihre Ausbildung in der Friedenszeit vor dem Weltkrieg genossen haben. Jedenfalls, wenn Churchill auch einen taktischen Fehler gemacht hat, sein Warnungsruf war durchaus berechtigt. Wenn er dem englischen Volk zurief, daß es «auf einer Falltür» stehe, so wollte er es aus der lässigen und selbstzufriedenen Stimmung aufrütteln, der es sich nur allzu gern hingibt. Wohl ist es der konservativen Regierung gelungen, den Abfluß der Reserven einzudämmen, der in den letzten Monaten der Labourregierung so katastrophale Dimensionen angenommen hatte, und das bleibt in jedem Fall ein Verdienst, das viele Unterlassungen oder Fehlgriffe aufwiegt. Aber Churchill weiß sehr wohl, daß damit das Grundproblem der wirtschaftlichen Unterbilanz noch nicht gelöst ist und daß es auch nicht gelöst werden kann, solange das Grundübel bestehen bleibt, solange nämlich die Bevölkerung Großbritanniens mehr verbraucht, als sie durch die Arbeit ihrer Köpfe und ihrer Hände produziert.

Eine Regierung hat allerdings ihre Pflicht noch nicht getan, so lange sie nicht die Mittel findet, das von ihr erkannte Übel zu beseitigen. Darauf können die Kritiker der konservativen Regierung mit einigem Recht hinweisen. Es ist auch nicht ganz ungerechtfertigt, wenn man ihr in manchen Fällen vorwirft, daß sie mit Mitteln aus der planwirtschaftlichen Apotheke arbeite. Aber die stärksten Hindernisse sind doch politischer Natur.

Die geringe Mehrheit der Regierung zwingt sie, vorsichtig zu operieren.

Sie glaubt es sich nicht leisten zu können, zu Maßregeln zu greifen, welche die breiten Massen gegen sie aufbringen würden. Das zeigt sich z. B. in der Wohnungspolitik. Der zuständige Minister Macmillan kann sich rühmen, daß unter seiner Verwaltung der Bau neuer Wohnungen schneller fortschreitet als unter der alten Regierung. Auch wenn die Zahl von 300 000 neuen Wohnungen im Jahr, welche die Konservativen etwas voreilig zum Programmpunkt gemacht haben, schwerlich erreicht werden wird, so können sie doch mit ihrem Erfolg zufrieden sein. Aber das Übel ist nicht an der Wurzel erfaßt, solange die gegenwärtige Versteinerung des Wohnungsmarktes nicht durch eine Lockerung der Mietgesetzgebung gelöst wird. Kann sich England auf die Dauer eine stete Vermehrung der durch die öffentliche Hand bewirtschafteten Wohnungen leisten, wenn jede neue Wohnung dauernde Zuschüsse aus der Gemeindekasse erfordert? Soll es dauernd dabei bleiben, daß die vor dem Kriege erstellten Wohnungen zu einem künstlich heruntergedrückten Preis vermietet sind, der in vielen Fällen nicht für eine angemessene Instandhaltung ausreicht? Aber das gehört nun einmal zu den Dingen, an die sich ein großer Teil der städtischen Bevölkerung gewöhnt hat und an denen sie nicht rütteln lassen will. Man kann auch die weitere Frage aufwerfen, ob ein Land in der kritischen Lage Englands sich zwei Sonntage in der Woche leisten kann, besonders angesichts der wachsenden Konkurrenz der so viel rührigeren Deutschen. Aber jeder Versuch, das Arbeitsprodukt durch Verlängerung der Arbeitszeit zu vergrößern, würde auf den entschlossenen und gefährlichen Widerstand der Gewerkschaften stoßen. Bisher ist es der konservativen Regierung gelungen, mit den Arbeiterverbänden ein erträg-

liches Verhältnis aufrechtzuerhalten; große, die ganze Volkswirtschaft erschütternde Arbeitskämpfe sind bisher vermieden worden. In dieser Beziehung haben sich die düsteren Prophezeiungen der Sozialisten nicht erfüllt. Aber Gefahren drohen, auch wenn die Mehrheit der englischen Gewerkschaftsführer es keineswegs an Verantwortungsbewußtsein fehlen läßt. Der Schatzkanzler gab seiner Hoffnung Ausdruck, die Preise, abgesehen von den Lebensmitteln, einigermaßen stabil halten zu können, vorausgesetzt, daß keine neuen Lohnsteigerungen eintreten. Aber wird diese Voraussetzung zutreffen? Das ist sehr zweifelhaft.

Weit günstiger als bei der wirtschaftspolitischen Debatte schnitt die Regierung bei der darauf folgenden außenpolitischen über die

Ratifikation der mit Deutschland abgeschlossenen Verträge

ab. Nicht nur war die Mehrheit von 40, mit der sie bei der Abstimmung siegte, recht befriedigend, sie zeigte sich auch in der parlamentarischen Auseinandersetzung der Opposition bei weitem überlegen. Die sachlichen Gründe, welche für die Verträge und ihre Ratifikation sprechen, ruhig und mit überlegener Sachkunde unter Verzicht auf rhetorische Effekte dem Parlament und dem Volke darzulegen, war eine Aufgabe, die Eden ausgezeichnet liegt. Wie viel schwerer war es für den früheren Verteidigungsminister Shinwell, zu begründen, warum er jetzt die Ratifikation der Verträge ablehnt, die doch in Wahrheit das Produkt der von der Labourregierung eingeleiteten Politik sind! Alle seine Argumente liefen auf spitzfindige Unterscheidungen hinaus, die ebenso schwer zu entwickeln wie zu begreifen sind. Sie überzeugten nicht einmal die Gesamtheit seiner Parteifreunde. Mehrere von ihnen standen auf, um mit aller Deutlichkeit zu erklären, daß sie diesen Wechsel der Politik nicht mitmachten, darunter der frühere Unterstaatssekretär Mayhew, der als ehemaliger Mitarbeiter des verstorbenen Ernest Bevin besondere Autorität beanspruchen kann. Er goß die volle Schale seiner Kritik über den redgewandten Führer der Nein-Sager, Richard Crossman, aus, der Bevin dauernd das Leben schwer gemacht habe und jetzt als Verfechter der Parteipolitik auftrete. Ein ehemaliger Kabinettsminister, Lord Pakenham, der sich mit dem Problem Deutschland von Amts wegen zu beschäftigen gehabt hatte, sprach im Oberhaus im gleichen Sinne.

In der Tat glaubt niemand, daß Attlee, der Parteiführer, im Herzen mit der negativen Politik einverstanden ist, welche der linke Flügel der Partei durchgesetzt hat. Wie gespannt die persönlichen Beziehungen sind, wurde augenscheinlich, als Attlee sich erhob, um seinem einstigen Kabinettskollegen Aneurin Bevan in dürren Worten vorzuwerfen, daß er das Kabinettsgeheimnis verletzt habe, zu dessen Wahrung er durch seinen Eid als Mitglied des Geheimen Rats verpflichtet ist. Bevan hat das nicht auf sich sitzen lassen und behauptet, sich streng an Präzedenzfälle gehalten zu haben. Daran hat sich eine lebhafte und hochinteressante Diskussion in den Briefen an die «Times» geknüpft, in der Bevans Freunde ihm mit einem großen Aufwand von Scharfsinn zu Hilfe gekommen sind, ohne doch den Eindruck beseitigen zu können, daß er besser geschwiegen hätte.

Wichtiger als die staatsrechtliche, ist die politische Seite der Kontroverse. Es scheint, als ob Attlee und seine näheren Freunde jetzt sehen, daß es so nicht weitergeht, daß die passive Politik des ruhigen Geschehen-Lassens ein Ende haben muß. Diese Einsicht wird vermutlich gefördert durch den Hinblick auf den bevorstehenden Parteikongreß, der Ende September in Moreton zusammentreten wird. Mehrere Männer des gemäßigten Flügels sind zum Angriff übergegangen und haben den Radikalen öffentlich vorgeworfen, daß sie eine Partei in der Partei bilden, Sonder Sitzungen abhalten und Sonderparolen ausgeben. Denselben Erwägungen entspringt wohl auch die programmatische Erklärung, welche die Parteileitung unter dem Titel

«Facing the Facts»

soeben herausgegeben hat. Aber sie ist nur ein neuer Beweis dafür, daß die Partei gegenwärtig außer Stande ist, ein zugleich praktisches und zugkräftiges Programm aufzustellen. Der Glaube an die alten Schlagworte, mit denen man in der Opposition gekämpft und Erfolge errungen hatte, ist schwach geworden, nachdem man sechs Jahre die Verantwortung in der Regierung getragen und gelernt hat, wie hart im Raume sich die Sachen stoßen. Was soll man z. B. mit dem Satze anfangen: «Labour erstrebt vom Volke das Mandat, das öffentliche Eigentum dort weiter auszudehnen, wo die überwiegenden Bedürfnisse der Nation es gebieten»? Selbst das Verlangen, die Eisen- und Stahlindustrie, welche die Konservativen jetzt entstaatlichen wollen, wieder zu verstaatlichen, ist abgeschwächt durch den Konditionalsatz: «wo immer das öffentliche Interesse es erfordert». Man wird an eine Wendung erinnert, die in der sozialpolitischen Debatte der siebziger Jahre ein witziger Freihändler Adolf Wagner entgegen hielt: «Jede seiner Behauptungen ist ein wutschraubender Büffel, aber dieser Büffel hat in der Nase einen Ring, an dem ein Kind ihn in den Stall zurückführen kann.»

Offensichtlich braucht die Labourpartei eine «schöpferische Pause» des ruhigen Nachdenkens. Es liegt nicht nur im Interesse des Landes, sondern auch der Partei selbst, daß sie noch für einige Jahre der Regierung fern bleibt.

Erich Eyck

Bericht aus Berlin

Als im Frühjahr dieses Jahres Berlin erneut sowjetischen Übergriffen und sogar Angriffen ausgesetzt war, glaubte man vielerorts die Prognose auf eine neue Blockade stellen zu müssen. Wirklich eingeweihte Beobachter glaubten indessen nie an diese Prophezeiung, aus dem einfachen Grunde, weil die Berliner Blockade von 1948/49 mit einem sowjetischen Fiasko geendet hatte. Nicht den Berlinern und den Westmächten, wohl aber den Russen und ihrem ostdeutschen Satellitenstaat ist damals der Atem ausgegangen. Die Russen wissen, daß sie das freie Westberlin politisch oder wirtschaftlich nicht auf die Knie zwingen können, so lange es die tatkräftige Unterstützung der westlichen Welt, insbesondere der USA, genießt. Und da die Außenminister der beiden angelsächsischen Weltmächte im Laufe dieses Sommers eigens deswegen nach Berlin gekommen sind, um die Verpflichtungen ihrer Länder gegenüber Berlin erneut feierlich zu bekräftigen, besteht allerdings kein Grund zur Annahme, daß die Russen ihre Auffassung von den Aussichten des kalten Krieges um Berlin geändert haben. In der Tat weisen denn auch alle ihre Maßnahmen durchaus in eine andere Richtung:

nicht Abschnürung Berlins vom Westen, sondern vom Osten,

d. h. Westberlin soll von der umgebenden Sowjetzone Deutschlands hermetisch abgeschlossen werden. Die Sowjets tun damit gegenüber der Inselstadt nichts anderes, als was sie entlang der Grenze der Bundesrepublik tun: Schaffung einer toten Zone, womit erst das zur furchtbaren Wirklichkeit wird, was wir Eisernen Vorhang nennen. Dieser verlief nämlich bis zum Sommer 1952 keineswegs entlang der Grenze zwischen West- und Ostdeutschland, sondern entlang der Oder-Neiße-Grenze, der sogenannten Friedensgrenze zwischen Sowjetdeutschland und Sowjetpolen.

Die Errichtung eines solchen eisernen Vorhanges ist gegenüber Berlin wegen der besonderen Lage der Stadt mit außerordentlichen Schwierigkeiten verbunden. Denn um vollständig zu sein, müßte dieser hermetisch schließende Vorhang auch mitten durch die Stadt selbst errichtet werden, wovor die östlichen Machthaber bislang zurückgeschreckt sind; denn Berlin ist nach wie vor mindestens noch im Verkehr eine Einheit. Und zwar deswegen, weil die durch Westberlin hindurch führenden Verkehrslinien auch für die Sowjetzone von größter Wichtigkeit sind. Die sowjetischen Machthaber versuchten zwar, sich von dieser unangenehmen Abhängigkeit frei zu machen, indem sie Umgehungsbahnen und einen um Westberlin herum führenden Kanal erbauen ließen. Aber da diese Bauvorhaben im typisch östlichen Henneke-Tempo ausgeführt wurden, sind sie bislang den in sie gesetzten Anforderungen in keiner Weise gewachsen gewesen. Trotz dieses Versagens müssen die Westberliner aber damit rechnen, daß auch die tote Zone um die freie Stadt herum immer mehr zur furchtbaren Wirklichkeit wird.

Was die Sowjets mit dieser hermetischen Abschließung bezwecken, ist leicht einzusehen. Die 18 Millionen Deutschen der Sowjetzone sollen allen westlichen Einflüssen entzogen werden, damit das nun auf vollen Touren laufende Programm der Sowjetisierung möglichst ungestört und widerstandslos durchgeführt werden kann. Daß es den Sowjets und ihren deutschen Handlangern mit dieser Bolschewisierung blutig ernst ist, dies bekommt auch Berlin in einer sehr unangenehmen Form zu spüren. Seit zwei Monaten ist die Zahl der Flüchtlinge ruckartig in die Höhe geschneilt. Oft sind an einem einzigen Tage mehr als tausend Menschen aus der Sowjetzone nach Berlin geflüchtet, darunter sehr viele Jugendliche, welche sich der militärischen Ausbildung entziehen wollten. Es ist den Behörden Berlins in Zusammenarbeit mit zuständigen Organen der Bundesrepublik und unter tatkräftiger Mithilfe internationaler Organisationen gelungen, diesem Flüchtlingselend einigermaßen Herr zu werden. Es bleibt aber die bange Frage, was mit diesen Zehntausenden von Menschen geschehen soll, die ohne Hab und Gut in das an sich schon übervölkerte Westdeutschland hineingepumpt werden müssen.

So ist in Berlin kein Mangel an Schwierigkeiten, auch wenn nicht unmittelbare sowjetische Angriffe stattfinden.

Die Politik und Taktik der Nadelstiche

wird dabei immer weiter geführt, um ein permanentes Gefühl der Unsicherheit zu verbreiten. Der aufsehenerregendste Fall war die Entführung von Dr. Linse, eines Mitarbeiters des Ausschusses freiheitlicher Juristen. Dieser Dr. Linse wurde am 8. Juli morgens, als er sein Haus, das mitten in Westberlin gelegen ist, verlassen wollte, von drei unbekanntenen Personen überwältigt, in ein bereit stehendes Auto gezerzt und in die Sowjetzone verschleppt. Dieser brutalste Fall von Menschenraub hat hier eine Grundwelle von Empörung und Verachtung ausgelöst gegen ein System, das solche Taten billigt und sogar selbst befiehlt. Obschon sich selbst der amerikanische Hochkommissar für Dr. Linse einsetzte, fehlt von ihm bislang jede Spur. Daß dieser Mann den Sowjets besonders verhaßt sein mußte, geht aus der Tätigkeit des Ausschusses freiheitlicher Juristen hervor, der eine überwältigende Sammlung dokumentarischen Materials über das Unrecht- und Terrorregime in der Sowjetzone angelegt hat. Daß es sich bei der sogenannten Deutschen Demokratischen Republik nicht um einen Rechtsstaat im abendländischen Sinne handelt, hat auch der hier Ende Juli tagende Internationale Juristenkongreß festgestellt.

Dies war nur einer, wenn auch der wichtigste unter den vielen Kongressen, die den Sommer über hier in Berlin getagt haben. Die Stadt tut alles, um ihre Verbindungen zur westlichen Welt zu intensivieren und konzentriert ihre Bemühungen

darauf, möglichst viele Konferenzen und Kongresse hierher zu bekommen. Trotz aller Absperrungsmaßnahmen ist Berlin immer noch ein glänzender Beobachtungspunkt. Das wissen natürlich auch die Kommissare der sowjetischen Geheimpolizei, und daher werden sie weiterhin alles tun, um dieses Guckloch hinter den Eisernen Vorhang zu verstopfen.

Auch *auf kulturellem Gebiet*

macht Berlin große Anstrengungen. Nach den Filmfestspielen, denen allerdings kein großer internationaler Erfolg beschieden war, sind nun Ende August die Berliner Festwochen 1952 angelaufen. Den ganzen September über bringen sie zahlreiche Aufführungen in Konzert, Theater, Oper und Ballett. Berühmte ausländische Ensembles konnten verpflichtet werden, wie das New York City Ballett, das Théâtre National Populaire aus Paris, das Wiener Burgtheater, ein französischer Kammerchor u. a. An berühmten Solisten sind zu nennen: die Pianisten Alexander Brailowsky und Robert Casadesus, die Sängerinnen Erna Berger, Inge Borkh und Astrid Varnay, der Meistertänzer Harald Kreuzberg, die Dirigenten Wilhelm Furtwängler, Eugen Jochum und Igor Markevitch u. a. Es ist zu hoffen, daß die internationale Kulturwelt diesmal dem Rufe Berlins sich nicht versagt. Es wäre dies nicht nur aus kulturellen, vielleicht noch mehr aus politischen Gründen zu wünschen.

Walther Hofer

Bericht aus Rumänien

Das einzige volksdemokratische «Idyll» einer durch acht lange Jahre kontinuierlichen obersten KP-Führung endete mit der unheilschwangeren Disharmonie in der Sitzung des Zentralkomitees der ‚Rumänischen Arbeiter-Partei‘ vom 26. Mai d. J. Einen Tag später wurde der frühere Sowjet-Botschafter in Belgrad und Prag, Lawrentjew, als berufener commis purgateur zum Hausherrn des reichskanzleiartigen Botschaftsgebäudes in Rumäniens Hauptstadt ernannt. Sein Erscheinen eröffnete für die maßgebliche Hierarchie wie für die untersten Parteiränge gleichermaßen eine neue Epoche. Seit wenigen Wochen bietet sogar die jüngste Errungenschaft zur «Eroberung des Dorfes» ein kleines Abbild der Säuberung höchster Staats- und Parteidienststellen in der Rumänischen Volks-Republik (R.V.R.): die Tätigkeit «Fliegender Kommissionen». Unerwartet braust eine Autokolonne von Politikommissaren mit Gefolge und Bedeckung selbst in das kleinste Bauerndorf. Die überrumpelten und erschreckten Gemeinde- und Parteifunktionäre beruhigen sich nach kurzer Überprüfung erst beim Glase Wein, wenn die Kommissare sich über Linientreue und Parteigemäßheit zufrieden äußern. Allerdings erwarten sie gerade deshalb von den Genossen dieses Dorfes X einige kleine Auskünfte über die Partearbeit in der nahegelegenen Gemeinde Y, wo die Dinge wohl nicht zum Besten stünden. Wer widersteht der Aufforderung, auf Kosten anderer seine Wachsamkeit und politische Reife unter Beweis zu stellen? — Ebenso plötzlich empfängt eines Tages das Dorf Y den gleichen Besuch; die Avantgarde wird glimpflich behandelt und vertraulich nach den Verfehlungen im Dorfe X ausgefragt. Kurze Zeit nachher rattern schon die «schwarzen Autos» in X und Y ein, verhaften

reihum, machen kurzen Prozeß und deportieren die Angeklagten zur «sozialistischen Aufbauarbeit» im Malaria-Gebiet des Donau-Schwarzmeer-Kanals oder anderswo. Ganz neue, unbekannte Funktionäre führen künftig in X und Y alle Aufträge bedingungslos durch. Gegenwärtig flutet eine Welle des Schreckens bis in den kleinsten Ort. Im «fliegenden Verfahren» säubert man die eigenen Reihen wirksamer als vorher.

«Die Ideologie verzehrt die Substanz»

Dieses Hegel-Wort fällt einem ein, wenn man nach den eigentlichen Ursachen der politischen Liquidierung dreier «Säulen» des Regimes in der R.V.R. fragt. Es gelang dem ehemaligen Eisenbahnarbeiter und derzeit unbestrittenen Ministerpräsidenten und Generalsekretär der «Rumänischen Arbeiter-Partei», Gheorghiu-Dej, seine unbequeme Nebenbuhlerin nach vieljährigem Zweigespann zu beseitigen. Die Währungsreform Ende Januar d. J. brachte vorerst den einstigen Schlosser Vasile Luca (eigentlich Laszlo Lucacs), Finanz- und Planungsminister, zu Fall. Als Szekler gehörte er zu der heute bestgehaßten ungarischen Minderheit Rumäniens, die als «zweite Staatsnation» nebst jüdischen Kommunisten die meisten leitenden Stellen in verschiedenen Ministerien besetzte. Das zweite Opfer wurde Innenminister, Chef der MAI (GUP)-Truppen und militärischen Grenzeinheiten, Teohari-Georgescu. Im Cliquenkampf der überlebenden Gheorghiu-Dej, Kischinewski-Broitman, Chivu Stoica ging es jedoch wesentlich um den Sturz der ‚Genossin Anna‘: Listenzweite, Sekretärin des ZK, Frauenführerin, Vizeministerpräsident, Außenminister und vor allem — Befehlsempfängerin mit dem direktesten Draht nach Moskau. Diese 63jährige, die mitregierenden Männer überragende Frau, ein ‚Dynamit‘ an Willen, hatte eigentlich längst alle Brücken zu ihrem Volk, zur Vergangenheit und ‚kapitalistischen‘ Umwelt abgebrochen. Sollte sie wirklich nur, gleich Teohari-Georgescu, recte Nuchem Solomon Paschievici, oder dem durch Selbstmord geendeten stellvertretenden Finanzminister Alexander Jacob, von einer banalen antisemitischen Verfolgungswelle von Bord des Regierungsschiffes gespült worden sein? Die nichtkommunistische jüdische Bevölkerung atmet in der R.V.R. nach Ernennung des noch namenlosen Moskauer Botschafters Simion Burghici zum Außenminister allgemein auf.

Widersacher in der Partei bezichtigen den Nationalrumänen Gheorghiu-Dej des ‚Nationalismus‘, während Anna Pauker als Todfeindin des Zionismus, ausgestoßen durch den großen Synagogenbann, verflucht vom rabbinischen Vater, als «Internationalistin» unverdächtig erschien. Eine derzeit unüberprüfbare Nachricht aus guter Quelle deutet an, daß es offenbar ein Ausflug in die Menschlichkeit war, der Anna Paukers Cliquengegnern das Atout zum tödlichen Stich lieferte: Vor einigen Monaten starb in Israel der Vater der ‚Genossin Anna‘. Ein Vertrauensmann verständigte den Außenminister der R.V.R. umgehend. Die Tochter startete, im Einverständnis mit dem damaligen Innenminister Teohari-Georgescu, per Flugzeug nach Israel zum Begräbnis. Die wenigen Trauergäste hielten das Schweigegebot gegen das Versprechen Anna Paukers, Erleichterungen für die Ausreise von Juden aus Rumänien zu gewähren. Drei Wochen später erfolgte überraschend eine Verschärfung der Ausreisebestimmungen und das Ende einer Frau, deren Lebensgeschichte mit der Geschichte der KP Rumäniens weithin identisch war.

Von diesem legendenhaft anmutenden, menschlichen Zug abgesehen, bleibt zunächst festzustellen, daß die nach 1947 am 28. Januar d. J. zum zweiten Male durchgeführte Währungsreform gegen die Weigerung des fähigen Finanzministers Vasile Luca erfolgte. Das enteignete Bürgertum hatte dabei nichts mehr zu verlieren, man wollte die Kulaken treffen. Tatsächlich beraubte die Umwechslung 1:400 gerade die werktätige Industriebevölkerung der letzten Spargroschen; der

Rohstoffengpaß, besonders in Metallen, hemmte auch mit dem ‚guten, neuen Lei‘ die Produktion. Der grassierende Warenmangel ließ Tauschgeschäfte und Schwarzhandel mit Lebensmitteln fortbestehen oder aufleben. Der hinzukommende Geldmangel drosselte die Lohnauszahlungen zeitweise auf 60% und darunter. Es senkte sich nach kurzem Anstieg die Arbeitsmoral. Richtiggehende Proteststreiks in Großunternehmen der Hauptstadt und einiger Industriezentren trafen auf taktisch geschickte Beschwichtigungsversuche der Sicherheitsorgane. Die neue Preis-Lohnskala benachteiligte wieder vornehmlich die Industriearbeiter. Wurden die offiziellen Festpreise auf ein Zwanzigstel des ‚alten‘ Lei herabgesetzt, so stehen dem monatlichen Durchschnittseinkommen von Lei 8 500.— und Spitzengehältern von Lei 32 000.— Ende 1951 heute Durchschnittslöhne von Lei 200.— bis ungefähr Lei 700.— Höchsteinkommen gegenüber. Der verschärfte Kartenzwang für Lebensmittel und Textilien vermittelt zwar bevorzugten Partei- und Berufsschichten einen annehmbaren Standard; doch die kleinen Leute zahlen offiziell für 1 kg Schmalz Lei 18.—, für Markenbutter kg Lei 27.—, Käse Lei 9.50 bis 28.50; ein Paar Schuhe Lei 60.— (‚frei‘ Lei 120.— bis 150.—), Herrenhemden Lei 39.90 bis Lei 52,44 usw. usw. Mit drakonischen Maßnahmen gegen die parteioffiziellen Dorfpotentaten, vor allem aber gegen die Masse der Landbevölkerung, gegen ‚Klassenfeinde‘ des flachen Landes und der Städte soll das Gleichgewicht zwischen Soll und Haben erzwungen, der innere Friede gesichert werden.

Zwei parteiergebene Sündenböcke

Gigantische Projekte des Fünfjahrplanes, von der ‚Straße ohne Staub‘ zwischen Donau und Schwarzmeer bis etwa zu dem nordsiebenbürgischen Wasserkraftwerk ‚W. I. Lenin‘ an der Bistritza mit einer 105 m hohen Betonmauer, 26 km langem Stausee, mit einer Turbine von 320 000 PS, werden alle — soweit rüstungswichtig — unbeirrt durchgeführt. Diese Investitionen der Elektrifizierung und Schwerindustrie, des Bergbaues, der ‚nicht entsprechenden‘ Erdölindustrie sind für einen Ackerbaustaat, trotz der ‚brüderlichen Hilfe der Sowjetunion‘, eine Überforderung. Dazu kommt die Entnahme von Fertigwaren aus den 50:50 sowjetisierten «Sovrom-Gesellschaften» der ehemals ‚deutschen‘ Schlüsselindustrien. Mag die rumänische Reparationsleistung in Inflationsgeld mit 90 Milliarden Lei für 1951 zu hoch gegriffen sein, ein Posten von jährlich 300 000 Hornvieh oder Lieferung von 400 Waggons der drei besten Holzsorten täglich in die Sowjetunion unterstreichen die Feststellung: der Planungsminister Vasile Luca sah sich als getreuer Diener seiner Herren gezwungen, zur Erhaltung der Leistungskapazität gegen zu argen Substanzverschleiß zu protestieren. Moskaus Dank? Ein Sündenbock wurde in die Wüste geschickt.

Das vorjährige Aufsehen über die ‚Binnen-Deportation‘ von rund 50 000 rumänischen, serbischen, deutsch-schwäbischen Grenzbewohnern des Banates veranlaßte damals die Sicherheitsbehörden nach den Probefällen Turn-Severin, Orschowa und der stillschweigenden gewerkschaftlichen Obstruktion durch ‚Nichterfüllung‘ im Reschitzer Industriebecken zur Vorsicht. Teohari-Georgescu mußte, als zu ‚lax‘, gehen. Seit der Gesetzesverordnung im Amtsblatt vom 16. Februar d. J. werden militärisch und industriell wichtige Gebiete immer nachhaltiger von unerwünschten Personen ‚entlastet‘: Pensionisten bis zu 70 Jahren, ‚Kulaken‘ bis zum 10 ha-Bauern, nichtadaptierte Intellektuelle u. ä. werden mit 24stündiger Ankündigung verschickt. Persönliche Rachsucht und örtliche Willkür gewinnen bei dieser Säuberung großen Stils freie Bahn. So gelangte z. B. kürzlich eine alleinstehende 70jährige Greisin aus Klausenburg in die ihr fremdsprachige Gegend von Mercurea Ciucului. Eine Selbstmordepidemie verbreitet sich, Unruhe herrscht unter den ‚überflüssigen‘ Menschen. Wer ist noch vor wem sicher?

Die große Wende in der Führung

Aus dem entwicklungsmäßigen Zusammenhang der Volksdemokratien aber lautet die tiefste Begründung für die Liquidierung traditionsgetragener, selbstbewußter Führergestalten (voran die herrscherliche, fanatisierte und eiskalte Anna Pauker) wie folgt: Die sowjetische Führung muß durch Ausschaltung eigenwilliger, first class-Diktatoren und -Persönlichkeiten der Gefahr eines organisatorischen, ja, auch nur stimmungsmäßigen, ‚Föderalismus‘ vorbeugen. Nach dem Abgang Georgi Dimitroffs und Kostoffs in Bulgarien wurde Vulko Tschervenkov der ‚kleine Sekretär‘ einer kommunistischen Filiale. In diese Epoche festerer Bindung an die Zentrale folgt der Bulgarischen Volksrepublik nunmehr Rumäniens Regime.

Zu diesem großen Programm der Angleichung gehört auch die Jugenderziehung. Bis ins zarte Kindesalter versucht die kollektive Erziehung Einfluß zu gewinnen, um der zweiten Generation, besonders einer künftigen Elite, durch unentgeltliche Lehrmittel, Uniformen, Schuhe, Koppel, Ferienaufenthalte, Freizeitheime, großzügige Berufsförderung, Ausbildung in der UdSSR, die Vorzüge des Systems sinnfällig zu machen. Auf dem sozialen Sektor reicht es vorderhand erst für einige lobenswerte Kinder- und Altersheime, Werkskantinen, Ambulatorien, denen ‚Vater Staat‘ alles beistellt.

Weniger wunderbar, aber doch auch ‚gemischt‘ offenbart sich das kulturelle Leben in der R.V.R. Über drei Millionen Periodica, davon eine 700 000-Auflage des Zentralblattes ‚Scanteia‘ (Der Funke), 600 000 Lokalzeitungen, wirken zahlenmäßig ebenso bemerkenswert gegenüber früher wie die Errichtung von ‚Kulturheimen‘ in Stadt und Dorf. Auch eine ‚Dichterschule‘ mit drei Jahrgängen und eine Schauspielerschule mit vier Jahresklassen produzieren als eine Art künstlerischer ‚Arbeiter-Fakultäten‘ unermüdlich ihr quantitatives ‚Soll‘. Sowjetkultur und -wissenschaft werden alleiniges Richtmaß und Vorbild.

Spitzenleistung des militärischen Sektors

Im Zeichen des ‚Friedenskampfes‘ gelten jedoch die entscheidenden Anstrengungen der rumänischen Volkswirtschaft und Wehrmacht der ‚kapitalistischen und titoistischen Bedrohung‘ vom Westen und Süden her. In dem 30 km breiten, waffenstarrten Sperrgürtel gegen Jugoslawien stehen z. B. für eine Grenzlänge von 7 bis 8 km je 90 Mann einer Spezialtruppe alarmbereit, die bis zur kleinsten Streifeneinheit mit 50 % Parteimitgliedern durchsetzt sein muß. Eine vorbildgetreue Hinterlandorganisation wurde seit Jahresfrist unter General Lazar geschaffen. Luftschutz und Luftwaffe haben gerade in einem Sperrgebiet wie Plojeshti oder Fokschani einen beachtlichen Stand erreicht. Düsenjäger-, Bombereinheiten, weitgehende Motorisierung und Technisierung der Bodenstreitkräfte beweisen mit den sowjetischen und rumänischen Marinestützpunkten, daß die Rüstungslieferungen aus der UdSSR mit einer mannschaftsmäßigen Ausbildung schritthalten, deren Spitzenleistung für hiesige, rumänische Verhältnisse unbestritten bleibt. Eine Reihe großzügiger Flughafen-Anlagen in der Kleinen und Großen Walachei, darunter auch unterirdischer, verleiten, neben anderen Indizien, Beobachter zur Annahme, daß in Craiova ein neuer, sowjetischer Militärbezirk geschaffen wurde.

Ohne einige z. T. erwähnte Schönheitsfehler, ohne die Hypothek der Gewalt von Anbeginn müßte das mit Naturschätzen gesegnete Land eine echte Bastion für den Sowjetblock abgeben. Die jüngste Epoche der Ablösung oberster und unterster Führergarnituren, die verschärfte Überwachung, Deportationen u. dgl. lassen jedoch einige Erschöpfungsmerkmale im Anfangsstadium erkennen.

Militärische Umschau

Der Aufbau der italienischen Streitkräfte

Für Italien gibt es theoretisch drei verschiedene Möglichkeiten der nationalen Verteidigung: die von den nationalen Streitkräften geschützte Neutralität, die durch eine Koalition nationaler Armeen garantierte kollektive Sicherheit und die durch internationale Armeen gewährleistete kollektive Sicherheit. Praktisch hingegen gibt es keine Wahl; man muß sich für die letztgenannte Lösung entscheiden.

Die Neutralität kommt nicht in Frage, weil sich, wie die neueste Geschichte deutlich zeigt, eine starke Tendenz nach Ausweitung der militärischen Machtgruppen bemerkbar macht. Wir sprechen heute nicht mehr von Nationen und beschränkten Allianzen, sondern von Weltblöcken. Ein ganzer Kontinent kann neutral bleiben, aber nicht eine einzelne Nation. Ein weiterer und gewichtiger Grund, weshalb die Neutralität für Italien nicht in Frage kommt, beruht auf der Tatsache, daß dieses Land innerhalb des europäischen Kontinents strategisch ein sehr wichtiges Gebiet bildet. Gleich wie die nationale Neutralität wird auch die durch Koalitionen nationaler Armeen garantierte kollektive Sicherheit in der Frage der Verteidigung eines Landes rasch zu einem veralteten Begriff, wenigstens soweit die Staaten des europäischen Kontinents in Betracht kommen. Heutzutage ist die militärische Verteidigung ein solch umfassendes Problem, wegen ihrer Beziehung zur Produktion, zur Wirtschaft, zu den möglichen Hilfsquellen und zur Technik, daß keine Lösung innerhalb des engen Rahmens der Staaten des europäischen Kontinentes möglich ist. Außerdem sind Koalitionen nationaler Armeen, selbst in den günstigsten Fällen, nicht in der Lage, das Minimum an Koordination zu erreichen, das nötig wäre, um weltumspannenden Militärblöcken entgegenzutreten.

Es gibt vielleicht einige Ausnahmen: die Schweiz und Schweden, aber heute ist die Auffassung verbreitet, daß auch diese Sonderfälle Aspekte aufweisen, die zum mindesten Zweifel aufkommen lassen.

Aus den angeführten Gründen gehört Italien zu den überzeugtesten Befürwortern der Idee der durch internationale Armeen gewährleisteten kollektiven Sicherheit. Die italienische Verteidigungspolitik beruht auf der NATO und, im Hinblick auf eine dauerhaftere Lösung des Problems, auf der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EDC). Zu Gunsten dieser Organisation ist Italien bereit, auf alle jene Souveränitätsrechte zu verzichten, die für das richtige Funktionieren einer wirklich übernationalen Behörde abgetreten werden müssen.

Da die EDC heute noch im Anfangsstadium ist, beschränken wir uns in diesem Überblick auf den Beitrag Italiens an die NATO.

Bei der Festsetzung des Beitrages Italiens und seiner besondern Aufgabe läßt sich die NATO durch eine Reihe von Überlegungen leiten, die mit dem wirtschaftlichen und militärischen Potential und der strategischen Funktion in Verbindung stehen.

Das wirtschaftliche Potential ist schwach; es herrscht Mangel an Rohmaterialien, die Industrie leistet nur in einigen wenigen Sektoren Tüchtiges, der Lebensstandard ist niedrig, die sozialen Probleme sind akut und direkt von der politischen Stabilität abhängig. Aus diesen Gründen muß Italiens finanzieller Beitrag innerhalb vernünftiger Schranken liegen und darf auf keinen Fall die Investierungspläne auf lange Sicht, die auf die Stärkung der wirtschaftlichen Struktur des Landes hinzielen, ungünstig beeinflussen. Aus den gleichen Gründen muß Italien bei der Vergebung von Produktionsaufträgen für die Verteidigung so viel wie möglich begünstigt werden. Dies kann jedoch nur für einige Sektoren der Industrie und für gewisse Typen der Kriegsproduktion der Fall sein und erst nach sorgfältiger, auf einer Kostenrechnung beruhenden Auswahl.

Infolge der Niederlage ist das militärische Potential auf den Nullpunkt gesunken und infolge der verschiedenen Beschränkungen muß der militärische Wiederaufbau auf Grund einer genauen Auswahl durchgeführt werden. Den Vorrang müssen jene Waffen und Dienstzweige erhalten, die am wenigsten kosten, am leichtesten zu bedienen sind und bei denen die Ausbildung am einfachsten ist.

Die strategische Funktion Italiens ist von größter Bedeutung. Wer Italien kontrolliert, besitzt weitgehend die Kontrolle über das ganze Gebiet des Mittelmeeres. Vom Gesichtspunkt einer Gegenoffensive aus betrachtet, bildet Italien mit seinen Halbinseln und Inseln einen riesigen Flugzeugträger, oder eine ganze Reihe von Flugzeugträgern. Deshalb liegt es nahe, den Vorrang solchen Musterlandstreitkräften zu geben, die für die lokale und planmäßige Verteidigung des Territoriums besonders ausgebildet sind, ferner leichten Marineeinheiten mit Convoy- und Küstenverteidigungsaufgaben, Flugplätzen und unterirdischen Anlagen, die gegen strategische Bombardierungen schützen, Marinestützpunkten usw.

Bis vor kurzem legte der Friedensvertrag der Wiederaufrüstung Italiens strenge Beschränkungen auf. Dieses Hindernis, welches einem wirksamen Beitrag an die NATO im Wege stand, ist jetzt beseitigt worden.

Mit der Unterstützung der USA, Großbritanniens und Frankreichs stellte Italien letztes Jahr allen Unterzeichnern einen Revisionsplan des Friedensvertrages zu, welcher unter anderem die gänzliche Abschaffung der einschränkenden militärischen Klauseln forderte. Siebzehn Signatarstaaten waren damit einverstanden. Die russischen Satelliten gaben überhaupt keine Antwort, und die russische Stellungnahme hat negativen Charakter. Diese Umstände verringerten die durch den Friedensvertrag festgelegten Verpflichtungen Italiens bedeutend.

Dieses Jahr sandte Italien eine diplomatische Note an die Sowjetunion, die als eigentliche Kündigung des Friedensvertrages selbst betrachtet werden kann, als Vergeltungsmaßnahme gegen eine von der Sowjetunion begangene Vertragsverletzung, nämlich des wiederholten Vetos gegen die Zulassung Italiens in die UNO. Die Zulassung war im Friedensvertrag als gesetzliche Verpflichtung stipuliert worden, die nicht von anderen Bedingungen abhängig gemacht werden kann, wie zum Beispiel von der gleichzeitigen Zulassung anderer Staaten. Die einzigen Bedingungen für die Aufnahme in die UNO sind tatsächlich in der Charta der Vereinten Nationen niedergelegt. Sie bestimmen, daß neue Mitglieder «friedliebende Staaten» sein müssen, die «die Verpflichtungen auf sich nehmen, die in der Charta enthalten sind und die nach dem Urteil der Mitgliedstaaten und der Organisation willens und imstande sind, diese Verpflichtungen zu verwirklichen» (Artikel 4). Wenigstens in einer Hinsicht hat die Sowjetunion formell zugegeben, daß Italien die Voraussetzungen erfüllt. Man könnte noch hinzufügen, daß die 24 Militärabkommen, die Rußland seinen Satelliten aufgezwungen hat, den Wert der Friedensverträge praktisch zunichte gemacht haben, die einzelne dieser Länder nach dem Krieg mit den Alliierten abgeschlossen hatten.

In Anbetracht der zur Verfügung stehenden Mittel kann man Italiens Verteidigungsanstrengung als beträchtlich bezeichnen. Das Verteidigungsbudget wird fortwährend größer:

1947/48	258 Milliarden Lire
1948/49	280 Milliarden Lire
1949/50	316 Milliarden Lire
1950/51	423 Milliarden Lire
1951/52	435 Milliarden Lire
1952/53	462 Milliarden Lire (21,6 % des Nationaleinkommens).

Nach Kriegsschluß war das Total der Landstreitkräfte, über die Italien noch verfügte, auf 10 Infanterieregimenter gesunken.

Am 30. Juni 1952 bot sich folgendes Bild:

- Infanteriedivisionen:** 6 voll ausgerüstet in der üblichen Stärke (3 Infanterie-Rgt., 2 Feldartillerie-Rgt., 1 Antitank-Rgt., 1 Flab-Rgt., plus technische Einheit)
 1 voll ausgerüstet, aber mit reduzierter Stärke (3 Inf.-Rgt., 2 Feldart.-Rgt., 1 technische Einheit)
 2 in Bildung begriffen und mit reduzierter Stärke (2 Inf.-Rgt., 2 Gebirgsart.-Rgt., technische Truppen)
 1 geplante
- Panzerbrigaden:** 2 voll ausgerüstet, normale Stärke
- Gebirgsbrigaden:** 2 voll ausgerüstet, normale Stärke
 1 geplant
- Armee- und Armeekorps-Einheiten** in Bildung begriffen:
 2 Bataillone für lokale Verteidigung
 1 Mörserbataillon
 1 Schweres Artillerie-Rgt.
 1 Antitank-Artillerie-Rgt.
 4 Schwere Flab-Gruppen
 3 Schützenbataillone zum Schutz von Hauptquartieren
 einige technische Einheiten.

Von diesen Truppen standen die folgenden Einheiten ab 30. Juni 1952 unter der Kontrolle der SHAPE: 4 Infanteriedivisionen, 1 Panzerbrigade, 2 Gebirgsbrigaden.

Die Flotte besteht heute aus 2 Schlachtschiffen, 3 Kreuzern, 8 Zerstörern, 14 Torpedobooten, 3 Convoy-Schiffen, 23 Korvetten, 6 Kanonenbooten, 11 Unterseeboot-Spähern, einer Anzahl Minenräumbooten und einigen kleineren Fahrzeugen. Das jetzt in Ausführung begriffene Bauprogramm umfaßt 2 schnelle Fregatten, 2 schnelle Convoy-Schiffe, 2 Erstklass-Convoy-Schiffe, 1 Versuchsschiff zum Einsatz gegen Unterseeboote, 12 Minenräumboote und 12 bewaffnete Motorboote.

Die Luftwaffe besitzt heute 10 Gruppen Jagdflugzeuge des überlieferten Typs und 6 Gruppen mit Düsenmaschinen (3 Vampire und 3 F-84).

Das heute die obligatorische Dienstzeit regelnde Gesetz sieht 18 Monate vor. In der Praxis ist vorläufig jedoch die Militärdienstzeit auf 15 Monate beschränkt. Das wird für die gegenwärtigen Bedürfnisse als genügend angesehen, besonders wenn eine wichtige, kürzlich eingeführte Neuerung in Rechnung gestellt wird: die Rekrutierung findet jetzt alle sechs Monate statt, nicht mehr alle vier, wie bisher. Dieses System hat eine größere Stabilität der Einheiten zur Folge. Jeder einzelne Wehrmann bleibt jetzt zwölf Monate ohne Unterbruch in seiner Einheit, nachdem er die erste Ausbildung erhalten hat.

Es bestehen gewisse Schwierigkeiten bei der Unterbringung von Einheiten (infolge der Kriegszerstörungen) und beim Anlegen genügender Lager von Ausrüstungsgegenständen für den Ersatz, weil die Geldmittel beschränkt sind und die Entwicklung auf diesem Gebiet notwendigerweise langsam ist.

Die größte Schwierigkeit, der sich die italienische Armee heute gegenüber sieht, liegt im Problem der Offiziers- und Unteroffizierskader und der freiwilligen Spezialisten. Obwohl man dieser Frage alle Aufmerksamkeit schenkt, ist die Entwicklung hier ebenfalls langsam. Die Zahl der aktiven Offiziere hat nach dem Krieg von 8,5 % auf 5 % abgenommen. Auch die Zahl der aktiven Unteroffiziere ist ungenügend. Heute sind ihrer bloß 18 000 im Dienst. Freiwillige Spezialisten sind gegenwärtig nur 14 900 im Dienst, während die benötigte Anzahl 30 000 beträgt. Die Hoffnung ist begründet, daß auch diese Probleme allmählich eine befriedigende

Lösung finden werden. Die Zahl der Absolventen der verschiedenen Militärschulen und Akademien steigt fortwährend.

Über die Disziplin und den Geist der Truppen haben ausländische Inspektoren der SHAPE bei ihren Besuchen sehr günstige Eindrücke erhalten. Italienische Beobachter können aber vielleicht am besten die Fortschritte abschätzen, die im Vergleich mit der Disziplin, der Haltung und dem Geist der früheren Armee gemacht worden sind.

In der Vergangenheit, besonders im letzten Kriegsjahr, war die Disziplin mehr formell als substantiell. Der Geist der Truppe wurde mit allen möglichen Täuschungen künstlich hochgehalten, mit denen man hauptsächlich die Tatsache zu verschleiern suchte, daß die eigene Ausrüstung und die eigenen Waffen qualitativ und quantitativ denen des Feindes unterlegen waren. Die Mentalität war durch Mangel an Aufgeschlossenheit, Sachlichkeit und Wirklichkeitsnähe gekennzeichnet.

Die Lage hat sich jetzt in mehr als einer Hinsicht radikal geändert und niemand kann sich dem wohltätigen Einfluß der amerikanischen Armee entziehen. Heute hat die Disziplin einen inneren Gehalt, sie ist nur soweit als nötig formell. Der Geist der Truppe ruht auf dem Bewußtsein, daß Ausrüstung und Waffen modern sind und ein mit den entsprechenden Waffen ausgerüsteter allfälliger Gegner mit Aussicht auf Erfolg bekämpft werden kann. Die Einstellung ist positiver, sachlicher und optimistischer geworden.

Gewiß hat Italien eine starke kommunistische Partei und die Kommunisten unterlassen nichts, um die Armee schädlich zu beeinflussen. Diese Seite des Problems wird jedoch vom Kriegsministerium und den Kommandostellen genau verfolgt. Es sind daher Maßnahmen getroffen worden, um diesem Einfluß schon bei den untersten Einheiten entgegenzuwirken.

Das Gesagte gestattet uns, zu erwarten, daß die jetzt in der Entstehung begriffene kleine, aber tüchtige italienische Armee schließlich mit Erfolg ihren Teil im gemeinsamen Kampf zur Verteidigung Europas leisten wird, sofern uns diese Aufgabe beschieden sein sollte.

Viele aktive höhere Offiziere sind im Herzen immer noch Monarchisten, ihr Patriotismus würde es aber nie zulassen, daß ein der Armee abträglicher Einfluß von ihnen ausginge, wenn sie jetzt der Republik dienen.

Die Italiener werden keine großen Schwierigkeiten haben, die Götter des Nationalismus durch größere Götter zu ersetzen, wenn das Ideal der europäischen Einheit, dank der europäischen Verteidigungsgemeinschaft, langsam eine bestimmte Form annimmt.

Detalmo Pirzio-Biroli